



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ombudsstelle für faire Handelspraktiken einrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Ombudsstelle für Beratung, rechtliche Aufklärung, Informationsaustausch und Mediation für landwirtschaftliche Betriebe, Erzeugerorganisationen und Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen einzurichten, um zu mehr Fairness entlang der Wertschöpfungskette in der Lebensmittelerzeugung zu gelangen.

Begründung:

Entlang der Wertschöpfungskette herrscht zwischen der Landwirtschaft, den Verarbeitern und dem Handel ein Ungleichgewicht, da in der Regel die zwar vielen, aber doch sehr individuellen Betriebe der konzentrierten Macht der Handelskonzerne relativ hilflos gegenüberstehen. Unfaire Handelspraktiken wie verspätete Zahlungen, Leistungsgebühren, kurzfristige Stornierungen, einseitig und rückwirkende Vertragsänderungen oder geforderte, aber nicht vergütete Qualitätsstandards und Erzeugerpreise unter den Gestehungskosten, siehe Milch, wirken sich negativ auf die Landwirtschaft aus. So werden auch die Anstrengungen der landwirtschaftlichen Betriebe bezüglich Tierwohl oder Umweltschutz widersinnig ausgebremst. Im Kampf gegen unlautere Geschäftsbedingungen ist eine Ombudsstelle eine wichtige Einrichtung, um die (Verhandlungs-)Position der bayerischen Bäuerinnen und Bauern zu stärken.